

## Ethnische Milizen wehren sich

Die burmesische Regierung hat am 19.8.2010 Truppen der *Democratic Karen Buddhist Army* (DKBA) mit einer feierlichen Zeremonie in die *Border Guard Forces* aufgenommen. Die Verfassung von 2008 verlangt die Eingliederung ethnischer Milizen in die burmesische Armee. Beobachter vermuten, dass die DKBA die Kontrolle über viele ihrer Hochburgen und den Handel dort verlieren wird, wenn sie Teil des Grenzschutzes wird und von der burmesischen Regierung kontrolliert und bezahlt wird. Eine der DKBA nahe stehende, gut informierte Quelle sagt, das burmesische Regime werde vermutlich den vormals von der DKBA kontrollierten Handel übernehmen und sie ärmer zurücklassen. Sechs

andere ethnische Milizen, darunter die *Karen National Union* und die *Chin National Front* hatten sich im Mai 2010 zu einer Allianz zusammengeschlossen und einander militärische Hilfe zugesagt, falls es zu einem Angriff der burmesischen Streitkräfte kommen sollte. Damit reagierten sie auf offizielle Forderungen, ihre Truppen in *Border Guard Forces* umzuwandeln. Obwohl viele ethnische Gruppen Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung haben, knüpfen sie die Eingliederung ihrer Streitkräfte in die burmesische Armee an die Bedingung der Aufstellung einer demokratischen Regierung und ließen daher auch mehrere Fristen der Regierung verstreichen.

vgl. Irrawaddy 27. Mai 2010; 19.8.2010

## USA unterstützen UN-Kommission

Die Administration von US-Präsident Obama hat ihre ausschlaggebende Unterstützung für die Einrichtung einer speziellen UN-Kommission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen der burmesischen Militärjunta zugesagt. Die NLD zeigte sich erfreut: »Wir unterstützen die Entscheidung der USA und begrüßen sie. Trotzdem ist dies erst der erste Schritt und es müssen noch mehrere unternommen werden, bevor sie implementiert wird«, sagte der stellvertretende Vorsitzende. Außerdem denken die USA offenbar über eine Verschärfung der Sanktionen gegen die Junta nach. Die Entscheidung markiert einen Wendepunkt in Obamas Position gegenüber Burma, denn sie folgt auf eine im letzten Jahr begonnene Initiative zur Vertiefung der diplomatischen Beziehungen, die regelmäßige Treffen bedeutete und eventuell sogar einmal zu einer Lockerung der Sanktionen führen können. Aber: »Es gab keine positiven Auswirkungen unseres diplomatischen Engagements auf Demokratie und Menschenrechte«, so ein anonymes Beamter. Das Tribunal wird bereits von Großbritannien und Australien unterstützt. Die EU hat ihre Unterstützung bislang noch nicht offiziell erklärt.

vgl. Independent, 19.8.2010; AP, 19.8.2010

## Blogger bekommt US-Auszeichnung

Der inhaftierte burmesische Blogger Nay Phone Latt hat den angesehenen PEN/Barbara Goldsmith Award erhalten. Seine Rolle bei der Verbreitung von Nachrichten über die Aufstände im September 2007 hatte ihm internationale Anerkennung beschert. Nay Phone Latt, der im Januar 2008 festgenommen und zu 20 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt wurde, »repräsentiert eine jüngere Generation von Burmesen, die sich nach Freiheit sehnen und bereit sind, den Preis dafür zu bezahlen«, so PEN-Präsident Kwame Anthony Appiah. Zu den Gründen für Nay Phone Latts Verurteilung zählten nicht nur satirische Cartoons von Than Shwe, sondern auch regelmäßige Artikel, die der produktive Autor während der so genannten Safran-Revolution 2007 auf seinem Blog veröffentlichte und durch die er teilweise die Nachrichtensperre des Regimes ausgleichen konnte. Die Mutter des 29-Jährigen erzählte, dass Nay Phone Latt »sehr glücklich über die Auszeichnung und bei guter Gesundheit« sei.

vgl. Democratic Voice of Burma,

28.4.2010

## Gefährliche Kampagnen

Aufkleber mit dem Porträt der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi und der Aufforderung, im November nicht zu wählen, sind überall in Rangun zu sehen. Die Aufkleber mit der Aufschrift »It is our right to vote or not to vote in the 2010 election« sind Teil einer Boykott-Kampagne der Generation Wave. Diese Gruppe entstand durch den Zusammenschluss junger Aktivisten, die regierungskritische Musik aufnehmen und im Land verteilen. Sie ordnet sich keiner politischen Partei zu, obwohl alle Mitglieder einen tiefen Respekt für Aung San Suu Kyi gemeinsam haben.

vgl. Irrawaddy, 18.08.2010

nachrichten

## Grenze geschlossen

Burma hat mitten in einem Disput über den Bau eines Fluss-Damms einen Hauptgrenzübergang zu Thailand vollständig geschlossen. Burmesische Sicherheitskräfte haben bereits Fahrzeuge daran gehindert, die Freundschaftsbrücke zu überqueren, die Mae Sot im Nordwesten Thailands mit Myawaddy im östlichen Burma verbindet. Auch Fußgänger können die Brücke nicht mehr überqueren.

»Burma hat den Grenzübergang komplett geschlossen«, so der Landrat Mae Sots. »Jetzt haben wir den Deichbau gestoppt.« Die Schließung trifft vor allem Händler, obwohl auch viele burmesische Migranten die poröse Grenze illegal überqueren. Die Burmesen sind angeblich nicht glücklich über den Dammbau auf der thailändischen Seite des Moei-Flusses, weil sie auf ihrer Seite Erosion befürchten. Ein thailändischer Regierungssprecher wies darauf hin, dass sich Thailand bei dem Dammbau an internationale Standards halte.

vgl.: Agence France Press, 20.07.2010

## Wahltermin steht fest

Die Wahlen in Burma werden am Sonntag, 7. November 2010 stattfinden. Dies geht aus einer Erklärung der burmesischen Regierung hervor, die sie am 13.8.2010 den in Rangun ansässigen Botschaften übermittelte. Der Termin liegt eine Woche vor der Freilassung Aung San Suu Kyis, deren Partei NLD die Wahl boykottiert. Die Regierung gab gleichzeitig die Fristen für Kandidaturen bekannt: Parteien müssen ihre Kandidaten bis Ende August 2010 benennen. Dieser enge Terminplan wird als Schikane anderen Parteien gegenüber betrachtet. Hinzu kommt, dass viele Parteien die nötigen 500.000 Kyat (etwa 500 US-Dollar) Gebühr pro Kandidat nicht aufbringen können und daher die Anzahl ihrer Kandidaten drastisch reduzieren müssen.

vgl. Mizzima News, 17.8.2010; New York Times 13.8.2010

## Angriff auf Karen

Über 700 Kriegsflüchtlinge aus dem Karenstaat, die sich in die Wälder an der thailändischen Grenze geflüchtet haben, nachdem die Armee ihre Dörfer beschossen und niedergebrannt hat, brauchen dringend Nahrung und medizinische Hilfe, sagte ein Anführer der Karen. Die burmesische Armee hatte am 23. Juli 2010 ein christliches Dorf bombardiert, mindestens 50 Häuser beschädigt, so die *Karen National Union* (KNU), die einen bewaffneten Kampf gegen die Junta führt. »Es gab keine Zusammenstöße mit ihnen. Sie haben nur dieses Dorf bombardiert. Die Dorfbewohner mussten sich im Wald verstecken. Nach den letzten Zahlen, die wir bekommen haben, mussten über 700 Menschen aus ihren Dörfern fliehen«, so der stellvertretende Vorsitzende der KNU, David Tharkapaw.

Ein Bericht auf der Website des *Unabhängigen Katholischen Nachrichten-Services*, das Korrespondent an der thai-burmesischen Grenze hat, bestätigt die Einschätzungen von Tharkapaw und die Anzahl der bombardierten Häuser. Bei dem angegriffenen Dorf soll es sich um Thadahder gehandelt haben.

vgl.: Mizzima News, 28.07.2010

## Berichterstattung über Verfassung schwierig

Die neue Anordnung der Zensurbehörde, die es einheimischen Journalisten verbietet, die Verfassung oder die Wahlgesetze falsch zu zitieren, hat Journalisten eingeschüchert. Sie wagen es nun nicht mehr, über diese Themen zu schreiben. Die Direktive, die am 20. Juli 2010 herausgegeben wurde, fordert »das korrekte und komplette Zitieren der Verfassung, der Wahlgesetze und ihrer Richtlinien«. Sie warnt einheimische Journalisten außerdem davor, dass ein Zuwiderhandeln zum Verlust

## Hitzewelle

Mit Temperaturen, die in Teilen des Landes 47 Grad Celsius erreichten, erlebte Burma 2010 einen extrem heißen und trockenen Sommer und hatte Hunderte von Hitzetoten zu beklagen. In größeren Städten kam es zu ernstzunehmenden Wasserengpässen und die Pegelstände der Flüsse sind auf historischen Tiefständen.

Burma leidet auch unter den Folgen des Baus von mehreren Staudämmen, die China im Oberlauf des Mekong errichtet hat. Seine Wasserstände sind auf dem niedrigsten Stand seit beinahe einem halben Jahrhundert, aber China streitet jede Verbindung mit seinen Wasserkraft-Projekten ab.

Nach einer dreijährigen Dürre verschärft sich auch die Ernährungskrise in Zentralburma. Hier ist ein Großteil der Saat im Boden vertrocknet. Im Chin-Staat dagegen ist eine Rattenplage das Hauptproblem. Nahrungsmittel werden knapp, da Ratten die Vorräte auffressen. Der Leiter des World Food Programme in Burma beklagt, Nahrungsmittel seien im Land zwar ausreichend vorhanden, aber »sie gelangen nicht an die richtigen Stellen«. Die Regierung kontrolliere die Verteilung von Hilfsgütern sehr genau.

vgl. Democratic Voice of Burma, 6.8.2010; 16.8.2010

der Verlagszulassung führen kann.

Die Anordnung folgt einem zweiwöchigen Verbot des Journals *The Voice*, nachdem ein Artikel unter dem Titel »Konzept und Prozess« über die Verfassung erschienen war. Journalisten in Burma sprechen von den Zensoren normalerweise als die »Presse Kempitai« und spielen dabei auf die japanische Geheimpolizei an, die während der japanischen Besatzung in Burma aktiv war.

vgl.: Mizzima News, 27.07.2010